

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 179 (2013)  
**Heft:** 1-2

**Artikel:** Der Finanzplatz Schweiz unter ausländischem Druck. Teil 1  
**Autor:** Goekmen, Ariel Sergio / Klement, Joachim  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-327613>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Finanzplatz Schweiz unter ausländischem Druck (1/2)

**In den letzten fünf Jahren geriet der Finanzplatz Schweiz mehr und mehr in das Fadenkreuz ausländischer Steuerbehörden. Diese Entwicklungen stellen Schweizer Vermögensverwalter und Banken vor grosse Herausforderungen. Wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte und was dies mit den Kriegsschulden westlicher Staaten zu tun hat, ist das Thema des ersten Teils unserer zweiteiligen Analyse.**

Ariel Sergio Goekmen und Joachim Klement

Der Finanzsektor ist trotz der Finanzkrise und der stark rückläufigen Wertschöpfung in den letzten fünf Jahren nach wie vor der wichtigste Wirtschaftszweig der Schweiz. Die im Schweizer Finanzsektor erhobenen Steuern (inklusive Stempelsteuern und Börsenabgaben) summieren sich jährlich auf rund 14,4 Milliarden Franken. Damit ist der Finanzplatz Schweiz für rund 14,4 % des jährlichen Steueraufkommens in der Schweiz verantwortlich. Nebst dem hohen Steueraufkommen ist von Interesse, dass der Bankensektor direkt 35 Milliarden Franken zum Schweizer Bruttoinlandprodukt beiträgt und zusammen mit dem Versicherungssektor 59 Milliarden Franken. Das sind rund 10 % des Schweizer BIP. Direkt im Finanzsektor arbeiten 195 000 Menschen, was 5,7 % der Beschäftigten in der Schweiz entspricht<sup>1</sup>. Der Finanzsektor besitzt also eine weit überdurchschnittliche Wertschöpfung.

Ein Grossteil dieser Wertschöpfung entsteht im Vermögensverwaltungsgeschäft, das traditionell in der Schweiz einen hohen Stellenwert geniesst. Grund hierfür waren historisch einmalige Entwicklungen wie die Einführung des Bankgeheimnisses im Jahre 1934 und die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes, die die Schweiz zu einem bevorzugten sicheren Hafen für Gelder ausländischer Privatpersonen besonders während der volatilen Jahre Mitte des 20. Jahrhunderts werden liessen. Mit der zunehmenden Stabilisierung der politischen Landschaft in Europa nahm die Bedeutung der Schweiz als sicherer Hafen für Privatvermögen jedoch ab, während die Umgehung heimischer Steuerpflichten für so manche Privatanleger immer mehr in den Vordergrund traten. Heute verwalten rund 350 Banken ca. 5300 Milliarden

Franken an Vermögen, davon rund die Hälfte Gelder von ausländischen Kunden. Die Schweiz ist damit mit rund 27 % Marktanteil im Geschäft für grenzüberschreitendes Private Banking weltweit führend.

Seit der Causa UBS und dem Rechtsstreit mit den US-Steuerbehörden um die Herausgabe vertraulicher Kundendaten an ausländische Steuerbehörden ist allerdings das Schweizer Bankgeheimnis zunehmend unter Druck geraten. Heute geht es im Zuge der Verhandlungen um eine Abgeltungssteuer für deutsche, britische oder österreichische Kunden auch um die Wahrung des Bankgeheimnisses. Die Steuerkooperation zwischen den Staaten wird jedoch unserer Überzeugung nach in Zukunft noch enger werden und ist nicht aufzuhalten. Deshalb sind Lösungen gefragt, die auch bei Steuertransparenz das berechnete Interesse von Privatkunden nach dem Schutz ihrer Privatsphäre sicherstellen.

Wieso aber kam es erst in den letzten Jahren zu diesem internationalen Druck auf den Schweizer Finanzplatz, wo die nun angeprangerten Entwicklungen bereits seit Jahrzehnten bekannt waren?

Der Anlass für die aktuellen Entwicklungen ist unserer Ansicht nach in der Finanzkrise selbst zu suchen. Durch das Platzen der Häuserblase in den Vereinigten Staaten wurden die US-Notenbank Fed und der amerikanische Staat gezwungen, durch massive Interventionen das US-Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren. Der Kauf von maroden Hypothekenspapieren mit frisch gedrucktem Geld der Zentralbank und mit Steuergeldern finanzierte Konjunkturprogramme hatten zumindest den Erfolg, dass ein Abgleiten in eine Depression wie in den 1930er Jahren erfolgreich verhindert wurde. Der Nebeneffekt dieser Interventio-

nen war allerdings, dass die Budgetdefizite vieler Staaten wie den USA oder auch Grossbritanniens dramatisch anstiegen und damit der Aufbau neuer Staatsschulden beschleunigt wurde. Da während der wirtschaftlich guten Jahre nach der Rezession 2001 eine gesunde Budgetkonsolidierung in den Vereinigten Staaten verpasst wurde und statt dessen durch Steuerkürzungen und erhöhte Kriegsausgaben das Budgetdefizit erhöht und neue Staatsschulden angehäuft wurden, befanden sich viele Staaten – nicht nur die USA – nach der Finanzkrise plötzlich in der unangenehmen Situation, die Staatshaushalte konsolidieren und bestehende Schuldenberge abtragen zu müssen, um nicht in die Gefahr einer zu hohen Staatsverschuldung und eines möglichen Staatsbankrotts zu kommen.

Um die Haushalte zu konsolidieren und Schuldenberge abzutragen, bedienen sich die Vereinigten Staaten wie auch die europäischen Nationen heute altbewährter Methoden. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die kriegführenden Nationen auf der Seite der Alliierten wie auch der Achsenmächte mit enormen Staatsschulden konfrontiert, die aufgehäuft wurden, um die Kriegsmaschinerie zu finanzieren. Die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1945 rund 116 % des Bruttoinlandproduktes, jene von Grossbritannien sogar 215 %. Nur zehn Jahre später im Jahre 1955 betrug die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten rund 66 % des Bruttoinlandproduktes und in Grossbritannien immerhin noch 138 %. In nur zehn Jahren konnten diese Staaten also ihre Schuldenlast halbieren, ohne dabei in den Staatsbankrott zu gehen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei einer Analyse der Staatsverschuldung Italiens oder Japans<sup>2</sup>.

Die Methode, der sich die Staaten damals behelfen, wird auch heute wieder vermehrt angewandt und unter dem Überbegriff «Finanzrepression» zusammengefasst. Kurz gesagt, meinen wir mit Finanzrepression staatliche Massnahmen mit dem Ziel:

1. Die Nachfrage der Anleger nach den eigenen Staatsschulden zu erhöhen und
2. Die Nominalzinsen für die Staatsschulden möglichst tief und idealerweise unterhalb der aktuellen Inflation zu halten, um so eine schleichende Entwertung der Staatsschulden zu erzielen.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden in der Vergangenheit vor allen Dingen Mittel wie Kapitalverkehrsbeschränkungen eingesetzt, um zu verhindern, dass einheimische Gelder ins Ausland fliessen. Ein weiteres beliebtes Mittel waren Zinsobergrenzen für Geldmarktanlagen, die zur Folge haben, dass damit indirekt auch die Zinsen für Staatsanleihen nach oben begrenzt werden, da bei zu hohen Zinsen auf Staatsanleihen Anleger automatisch von Geldmarktanlagen auf Staatsanleihen wechseln und dadurch die Zinsen auf diese Staatspapiere wieder reduzieren. Zudem gab es bis 1972 in den Vereinigten Staaten und bis 1954 in Grossbritannien ein Verbot für Privatpersonen, in Gold zu investieren. Moderne Studien zeigen, dass durch solche Massnahmen die Staatsverschuldungsquote in den zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg um rund 4 % bis 5 % pro Jahr gesenkt werden konnte. Nimmt man dazu noch den Einfluss der damals relativ schnell steigenden Inflation hinzu, so erklärt sich, wie ein so drastischer Abbau der Staatsverschuldung nach dem Zweiten Weltkrieg auch ohne Staatsbankrott oder noch schmerzhaftere Sparmassnahmen möglich war.

Heute sorgen die Notenbanken mit ihrer Politik der «quantitativen Lockerung» ebenfalls wieder für künstlich tiefe Zinsen, indem sie Staatsobligationen und Hypothekenscheine mit frisch gedrucktem Geld ankaufen. Doch während heute Staaten in den globalisierten Märkten den Abfluss einheimischer Gelder nicht mehr verhindern können, so können sie doch dafür sorgen, dass ausländische Gelder nicht lange im Ausland bleiben bzw. ins Inland zurückgebracht werden, um indirekt die eigene Verschuldung zu reduzieren. Die Jagd nach Steuersündern, die nicht bereit sind ihren fairen Anteil an den Kosten der Finanzkrise zu tragen, ist hier ein willkommenes Instrument, um den eigenen Bürgern zu zeigen, dass sie

ihr Geld bitteschön im Inland behalten sollten. Ein weiteres Mittel ist die Errichtung hoher bürokratischer Hürden für legal im Ausland gelagerte Vermögen. So verlangt zum Beispiel die US-Steuerbehörde, eine Reihe zusätzlicher Formulare für im Ausland gelagerte Vermögen einzureichen. Welche Geldanlagen im Ausland dabei wie versteuert werden müssen, ist in grossen Teilen immer noch ungeklärt. US-Bürger sind hier von der Interpretation der Steuerbehörden abhängig.

Die Vereinigten Staaten spielen in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle, aber Staaten wie Grossbritannien, Deutschland, Italien oder Frankreich ziehen mit dem Ankauf von gestohlenen Kundendaten aus der Schweiz, Steueramnestien und dem Angebot zur vereinfachten Deklaration unsteuerter Gelder nach und sorgen so für einen zunehmenden Abfluss von Privatvermögen aus der Schweiz. Zwischen 2009 und 2012 haben westeuropäische Kunden allein von der Credit Suisse rund 30 Milliarden Franken abgezogen und die Unternehmensberatung ZEB schätzt, dass Schweiz weit bis 2016 weitere 200 Milliarden Franken folgen könnten<sup>3</sup>. Das wäre ein Einbruch der in der Schweiz verwalteten ausländischen Gelder von rund 15 %. Der Druck auf das hiesige Bankensystem und damit auch auf den Bund und die Steuereinnahmen des Landes wird also in den kommenden Jahren nicht nachlassen. Wie diese Zukunft aussehen könnte und welche Auswirkungen die veränderten Kapitalmarktbedingungen auf den Finanzplatz Schweiz haben könnten, wird Inhalt des zweiten Teils unserer Analyse sein. ■

1 Quelle: BakBasel  
 2 Alle diese Daten beruhen auf einer Studie von Carmen Reinhart und Belen Sbrancia: «The Liquidation of Debt» aus dem Jahr 2011  
 3 Tagesanzeiger vom 17. September 2012



Oberstlt  
 Dr. Ariel Sergio Goekmen  
 Partner & Managing Director  
 Kaiser Partner (Vaduz)  
 8003 Zürich



Joachim Klement  
 Chief Investment Advisor  
 Kaiser Partner (Vaduz)  
 8044 Zürich

## Das Wort des CdA

### Wehrpflicht oder Söldner



Geschätzte Kameraden, sehr geehrte Leserschaft

2013 wird für die Armee und damit für die Sicherheit unseres Landes ein entscheidendes Jahr! Der Souverän wird im Herbst 2013 darüber befinden, ob die bewährte Allgemeine Wehrpflicht auch in Zukunft besteht.

Bei dieser Frage geht es ums Eingemachte unserer Eidgenossenschaft. Woher kommen wir und was hat uns stark gemacht? Es ist die gelebte Solidarität, gemeinsam für Sicherheit und Freiheit von «Land und Lüüt» zu sorgen. Notfalls unter Einsatz des eigenen Lebens! Das ist einzigartig.

Es geht 2013 auch um den Wirtschafts-, Bildungs-, Kultur- und Forschungsstandort Schweiz. Es geht um den Wohlstand dieses Landes und seiner Bewohner, der ohne Sicherheit nicht möglich ist.

Weil es dagegen kaum gute Gründe gibt, wird behauptet, es fehlten Risiken und Bedrohung, oder aber die Armee sei nicht bereit, diesen zu begegnen. Das können wir widerlegen.

Aus Sicht der Armee ist völlig klar: Dank der Qualität unserer Miliz-Soldaten und -Kader können wir uns auf kurze Dienstzeiten beschränken. Wir haben (zum Glück!) kein Reservoir für die sogenannte «Freiwilligenmiliz», dank der de-facto-Vollbeschäftigung. Wer soll dann noch Dienst leisten? Rambos oder gar Söldner? Die will ich nicht in unserer Armee! Mir gefällt die zuweilen unbequeme, aber wirksame Kontrolle unserer Armee durch selbstverantwortliche Bürger in Uniform! Ich schätze aber auch den bei uns so selbstverständlichen und für unser Land so wichtigen Austausch über die Sprachgrenzen hinaus. Und schliesslich bin ich auch stolz auf die praktische Integrationsleistung der Armee für junge Schweizer mit Migrationshintergrund.

Gute Arbeit in Schulen und Kursen ist auch 2013 der wirksamste Trumpf für unsere Milizarmee. Merci für Ihr Engagement zugunsten dieses Pfeilers unserer Sicherheitspolitik.

Mit kameradschaftlichen Grüssen  
 Korpskommandant André Blattmann  
 Chef der Armee